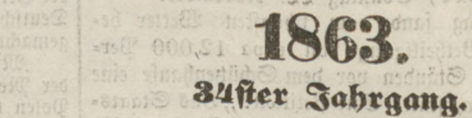
Danziger Dampfboot.

№ 274. 1863.

Montag, den 23. November. 34ster Jahrgang.



Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Telegraphische Depeschen.

Kopenhagen, Freitag 20. November.

Die Reichsrathsmitglieder hatten heute Audienz bei dem Könige, der sie mit der Königin und den Kindern zur Seite und von großem Gefolge umgeben empfing. Der Präsident beglückwünschte den König über seinen Regierungsantritt, dankte für die Promulgation des neuen Grundgesetzes und drückte die Hoffnung aus, es werde dem Könige gelingen, die Schwierigkeiten, mit denen das Verfassungsleben zu kämpfen gehabt, zu beendigen und dadurch der Beherrscher einer einigen, glücklichen Monarchie zu werden. Der König, für den Glückwunsch dankend, sagte: Der Entschluß in Betreff des Grundgesetzes habe bei der hohen Wichtigkeit der Sache eine reife Ueberlegung seinerseits erfordert. Eine solche sei ja auch für die Mitglieder des Reichsraths nothwendig gewesen, die das Gesetz Tage und Wochen lang diskutirt hätten, weil jeder gefühlt, wie nöthig es sei, zu prüfen, ehe er stimme. Der König hoffe, daß der Reichsrath zu ihm dasselbe Vertrauen hege, wie er zu dem Reichsrath. Bald darauf empfing der König die Präsidenten und Vice-Präsidenten der beiden Reichsrathskammern in besonderer Audienz, nach deren Schlusse er sich, von der Königin und den Kindern umgeben, der versammelten Volksmasse am Fenster zeigte und ihr zurief: „Ich danke Euch für die Ergebenheit, die Ihr mir und meiner Familie bezeigt. Ich bitte Euch, mit mir zu rufen: Gott schütze, segne Dänemark!" Enthusiastische Hurrahs antworteten ihm.

Kopenhagen, Sonnabend 21. November.

Gutem Vernehmen nach ist heute die Ordre gegeben worden, zwei Schraubenfregatten, zwei Schraubencorvetten und zwei Panzerschooner auszurüsten. Letztere beiden sollen mit einem Dampfschiff und Transportschaluppen bereits morgen nach der Ostsee gehen.

— Wie es heißt, ist Graf Carl Moltke zum Minister für Holstein ernannt worden.

Kopenhagen, Sonnabend 21. November.

Nach „Berlingske Tidende" ist zur Einberufung von zahlreichen Mannschaften Ordre gegeben.

Kiel, Freitag, 20. November.

Die zu gestern berufene Versammlung der Ständemitglieder war in Folge des unbedingten polizeilichen Verbots abbestellt. Trotzdem waren von der Gesammtzahl von 48 Abgeordneten 25 erschienen. Diese haben einstimmig eine Eingabe an den Bund unterzeichnet und abgesandt, welche sich für die Gültigkeit des Augustenburgischen Erbrechts auf das Zeugniß der bewährtesten Staatsrechtslehrer beruft. In ausführlicher Rechtsdeduction wird nachgewiesen, daß die Erbfolge des Londoner Protokolls für die Herzogthümer ungültig ist. Die Eingabe schließt mit dem Antrage, der Bund wolle schleunigst Maßregeln ergreifen, um die gefährdeten Rechte des Landes und des Bundes zu schützen, damit die Entscheidung dem Rechte, und nicht der Gewalt anheimfalle.

Hamburg, 21. November.

Allen Holsteinischen Beamten ist von Kopenhagen der Befehl zugegangen, dem Könige Christian IX. den Huldigungseid zu leisten. Wie es heißt, wollen die Universitätsprofessoren, die Mitglieder des Appellationsgerichts und andere Beamten den Eid verweigern.

Frankfurt a. M. Sonnabend 21. November.

Die heutige Bundestagssitzung hatte wie zu erwarten war das Ergebniß, daß die Verträge des Auslandes über die deutsche Erbfolge beanstandet worden sind. Es erscheinen zugleich im Sitzungszimmer der Gesandte des legitimen Herzogs von Schleswig-Holstein und der des Königs von Dänemark. Der Erstere überreichte Vollmacht und stellte seine Anträge. Der Gesandte des Königs von Dänemark protestirte. Die Bundesversammlung überwies die holsteinischen Urkunden und Anträge gleich wie die dänischen Proteste an den Legitimationsausschuß zum Bericht. Die Anträge Badens, Weimars, Meiningens, Altenburgs, Koburgs, Oldenburgs gehen wesentlich dahin, daß bei dem dänischen Thronwechsel die Rechte der Herzogthümer Deutschlands und des Erbprinzen Friedrich auf Erbfolge gewahrt, ein Gesandter des Königs Christian nicht zugelassen werde. Dann folgte ein Antrag Anhalts, den König Christian nicht als Herzog von Lauenburg anzuerkennen. Sachsen und Mecklenburg wahren die eigenen Erbansprüche auf Lauenburg. Der dänische Gesandte legte Verwahrung gegen alle Anträge ein mit Bezugnahme auf das Londoner Protokoll und den Beitritt zu demselben von Seiten des Herzogs Christian und des Großherzogs von Oldenburg. Der bairische Gesandte gab die Erklärung ab, daß das Londoner Protokoll für den Bund nicht vorhanden sei. — Eine eingegangene Eingabe von Mitgliedern der holsteinischen Ständeversammlung bittet um Maßregeln, damit die Entscheidung dem Rechte und nicht der Gewalt anheimfalle. Alles wurde dem holsteinischen Ausschusse überwiesen. — Oesterreich und Preußen sprachen protestirend gegen die Incorporation Schleswigs. — Die ganze Sitzung hatte einen ungewöhnlichen Character.

— Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein notifizirte zuverlässigen Berichten zufolge sämmtlichen Bundesregierungen seinen Regierungsantritt, und beauftragte den Geheimen Rath Samwer mit der Leitung der Geschäfte.

— Die Deputation der in Kiel versammelt gewesenen Mitglieder der Schleswig-Holsteinischen Stände ist unter Führung des Grafen Reventlow hierselbst angekommen.

Gotha, Sonnabend 21. November.

Seit gestern weilt der Badische Gesandte in Wien, Freiherr v. Edelsheim in Gotha. Derselbe hatte bereits wiederholt Unterredungen mit dem früheren Erbprinzen von Augustenburg, nunmehrigen Herzog von Schleswig-Holstein. Dem Vernehmen nach ist derselbe mit einer vertraulichen Mission des Großherzogs von Baden an den genannten Fürsten betraut.

Hannover, Sonnabend 21. November.

Der hiesige Magistrat und die Bürgervorsteher haben einstimmig beschlossen, eine Adresse mit der Bitte an den König zu richten, den Herzog Friedrich von Holstein anzuerkennen und dies durch die That geltend zu machen.

Wien, Freitag 20. November.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses interpellirte der Abgeordnete Rechbauer den Minister der auswärtigen Angelegenheiten v. Rechberg darüber, was die Regierung als Bundesmitglied zu der Geltendmachung der legitimen Successionsrechte in Schleswig-Holstein bei der deutschen Bundesversammlung zu thun gedenke.

Brüssel, Sonnabend 21. November.

Die Antwort des Königs von Belgien auf die Einladung des Kaisers von Frankreich wird Anfangs nächster Woche nach Paris abgehen. Die Antwort wird zuverlässigen Mittheilungen zufolge die Einladung zum Kongresse im Prinzipe annehmen, unbeschadet weiterer Entschließungen.

— Sicherem Vernehmen nach ist es unbegründet, daß der König Leopold den Kabinetten von London, Wien und Berlin Mittheilungen in Bezug auf den Kongreß gemacht hat. Die Depeschen, welche der Abtheilungschef Lebeau in Wien und Berlin abgegeben hat, beziehen sich auf die Regelung der Zahlung der Abfindungssumme für den Scheldezoll.

Hamburg, Sonntag 22. November.

In einer heute Mittag stattgehabten Versammlung von ungefähr 2000 Schleswig-Holsteinern und Gesinnungsgenossen wurden die Resolutionen des hiesigen Nationalvereins angenommen und wurde dieser Beschluß sofort an den Ausschuß des Nationalvereins in Berlin telegraphirt. Der Präsident machte den Versammelten die Mittheilung, daß ein alter Offizier, der General Graf Baudissin, sich bereit erklärt habe, ein Freiwilligenkommando zu übernehmen, und daß 55 in Kiel versammelt gewesene Beamte meist Geistliche und Advokaten, entschlossen seien, dem Könige Christian IX. den verlangten Huldigungeid zu verweigern.

Frankfurt a. M., Sonntag 22. Novbr.

Eine heute stattgehabte Volksversammlung von circa 6000 Personen hat so eben folgende Beschlüsse gefaßt: Mit dem Tode Friedrich VII. hat die Vereinigung Schleswig-Holsteins mit der Krone von Dänemark aufgehört. Die Herzogthümer Schleswig-Holstein haben ihre Unabhängigkeit wieder erlangt. Friedrich von Augustenburg ist der berechtigte Herzog von Schleswig-Holstein. Die fernere Ausübung irgend einer Regierungshandlung in den Herzogthümern von Seiten Dänemarks und seines gegenwärtigen Königs ist offene Gewalt gegen den deutschen Volksstamm. Es ist daher die unabweisbare Pflicht des Bundes, der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes, solche Gewalt ohne Weiteres mit Gewalt abzuweisen. Jeder Versuch einer Einmischung des Auslandes in diese Angelegenheit ist als ein Angriff auf deutsche Ehre und deutsches Recht entschieden, und wenn es sein muß, durch die Macht der Waffen zurückzuweisen. Was im Jahre 1852 von einer Anzahl europäischer Fürsten über das Recht eines deutschen Stammes ohne die Zustimmung des deutschen Bundes beschlossen ist, ist ohne Wirkung gegen dieses Recht. Die Wahrung deutschen Rechtes und deutscher Ehre in Schleswig-Holstein ist eine heilige und gemeinsame Pflicht des gesammten deutschen Volkes und aller seiner Regierungen; jede Sonderung der Parteien, jeder Zwiespalt im Innern muß schweigen, wo es gilt dieses Recht deutscher Sache mit vereinten Kräften vor ganz Europa zu vertreten. Die heutige Versammlung beauftragt das Einladungscomitee, einen Ausschuß zu erwählen mit der Aufgabe, dahin zu wirken, daß dieses deutsche Recht durch das Volk und die Regierungen thatkräftigst und ernst gewahrt werde.

— Gegen Zulassung eines Gesandten König Christians stimmten auch Schwarzburg, Reuß, jüngere Linie, und Waldeck.

Leipzig, Sonntag 22. November.

Eine von ungefähr 3000 Personen besuchte Volksversammlung faßte gestern nach den Anträgen der Professoren Biedermann und Wuttke folgende Beschlüsse: „Nach dem Tode des Königs von Dänemark ist nun die Augustenburger Linie in den Her-

zogthümern Schleswig-Holstein erbberechtigt. Dadurch werden diese Länder rechtlich und thatsächlich von Dänemark völlig getrennt. Diese gänzliche Trennung allein vermag die unerhörten Bedrückungen unserer dortigen Stammgenossen und die Beschimpfung unserer Nationalität durch die Dänen zu beendigen, die Sicherheit und Machtstellung Deutschlands zu wahren und die für Schleswig-Holstein verpfändete Ehre Deutschlands einzulösen." Die Versammlung einigte sich dahin, dem Könige von Sachsen eine entsprechende Adresse durch eiue Deputation zu überreichen, auch den Abgeordnetenhäusern zu Berlin und Wien von den gefaßten Beschlüssen Mittheilung zu machen.

Hannover, Sonntag 22. November.

Heute Nachmittag fand vom schönsten Wetter begünstigt unter Betheiligung von etwa 12,000 Personen aus allen Ständen vor dem Schützenhause eine Volksversammlung statt. Eine Petition: „Das Staatsministerium möge Seine Majestät den König dahin berathen, daß Allerhöchstderselbe beschließe, entsprechende Truppenkörper seiner Armee zur Aufrichtung der legitimen Regierung in Schleswig-Holstein unverzüglich einrücken zu lassen" wurde vou der Versammlung mit endlosem Jubel begrüßt und angenommen.

Pesth, Sonnabend 21. November.

Großfürst Constantin ist gestern Abend hier eingetroffen und im Hotel de L'Europe abgestiegen.

— Heute Vormittag hat derselbe den Besuch des Statthalters von Ungarn Grafen Palffy von Erdöd empfangen.

Paris, Sonnabend 21. November.

Einem Telegramm aus Constantinopel vom heutigen Tage zufolge hätte der Sultan auf die an ihn ergangene Einladung zu dem Congresse eine günstige Antwort gegeben und die Absicht ausgedrückt selber nach Paris zu kommen.

— Mittheilungen aus Kopenhagen besagen, daß der König von Dänemark eine dem Congresse zustimmende Antwort gegeben habe.

London, Sonntag 22. November.

Der Dampfer „Canada" ist mit 77,300 Dollars an Contanten und Nachrichten aus Newyork bis zum 10. d. in Cork eingetroffen. Nach denselben hat sich General Lee über den Rapidan zurückgezogen. General Meade rückte vor. Seine Armee war zu Culpeter Court house angekommen. Das Vorrücken des Generals Meade hat zum Zweck, die Konföderirten zu verhindern, gegen General Burnside zu operiren. Die Bewegung Meade's am Rappahannock hat die Konföderirten überrascht, und fast alle ihre Streitkräfte am nördlichen Ufer des Flusses wurden gefangen genommen.

Landtag.

Herrenhaus.

4. Sitzung. Donnerstag, 19. November.

Präsident: Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode. — Am Ministertisch: Der Ministerpräsident v. Bismarck. — Die Logen sind leer, die Tribünen ziemlich zahlreich besetzt. — Der Finanzminister hat dem Hause schriftlich Mittheilung gemacht, daß dem andern Hause der Staatshaushaltsetat pro 1863 und 1864, sowie eine Uebersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben pro 1862 vorgelegt worden sei. — Dann tritt das Haus in die Tagesordnung ein, die Adreßdebatte. Nach einer unwesentlichen Bemerkung des Herrn v. Meding erhält das Wort der Antragsteller:

Hr. v. Plötz. Es gehe aus der Thronrede ein so frischer Hauch dem Lande entgegen und es werde in derselben ausdrücklich an den Patriotismus des Landes appellirt. Das fordere eine Erwiederung des Herrenhauses, auf welches alle preußische Patrioten als ihre wahrhafte Vertretung blicken. Es sei eine Aera der Phrasen glücklich überwunden uud jetzt eine Aera der Thaten angebrochen. Redner erinnert an die Zeiten des großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen, welche gleichfalls reich an Thaten. Neben dem Degen Friedrichs II. hänge dessen Krückstock, und dieser Krückstock möchte heutzutage oft sehr passende Anwendung finden, namentlich bei Reden, wie sie hier im Colosseum gehalten worden seien. Solche Reden und die Interpretationen der Professoren und der Kreisrichter würden nicht den preußischen Staat ruiniren können, auch nicht der „Löwe auf dem Dönhofsplatze", welcher eigentlich weniger ein Löwe als eine Katze sei, nicht Feuer, sondern Spreewasser speie und um dessen Tatzen die Kinder spielten. Nothwendig aber sei es, daß allen gegnerischen Aeußerungen und Manipulationen gegenüber die Treuen sich aussprechen, und deshalb empfehle er die Annahme der Adresse.

Graf Bninski wendet sich gegen den Passus der Adresse, welcher den Aufstand in Polen betrifft, und führt aus, wie der Aufstand immer nur auf das Königreich Polen sich beschränkt habe, daß man niemals Versuche gemacht, die Insurrection auf preußische Landestheile auszudehnen; er beklagt es, daß man die Polen gehindert habe, ihre Landsleute in dem gerechten Kampfe gegen Rußland zu unterstützen, durch Absendung von Waffen rc. Endlich bestreitet Redner dem Hause das Recht, im Namen der Provinz Posen zu reden, in welcher 1,200,000 Polen wohnen, die dieser Aeußerung des Hauses nicht zustimmen würden.

Ministerpräsident v. Bismarck-Schönhausen. Es sei wohl kaum glaublich, daß nur aus „nachbarlicher Gefälligkeit" in Posen so große Anstrengungen znr Unterstützung des Aufstandes gemacht seien. Die Wiederherstellung des Polens in den alten Grenzen sei das wirkliche Ziel. Beweise dafür finde man in den Untersuchungsakten gegen die des Hochverraths beschuldigten Polen, deren Vorlegung zur Zeit nicht thunlich sei. Ein selbständiges Polen ohne Posen würde übrigens auch eine fortwährende Gefahr für Preußen sein.

Hr. v. Waldaw-Steinhövel wendet sich namentlich gegen die Polenfrage. Der Aufstand sei von einer Bande von Meuchelmördern angezettelt und werde von dieser unterhalten. In Posen wohnten neben den Polen auch 800,000 Deutsche, welche sicher nicht weniger der Berücksichtigung werth seien als die Polen; um diese Deutsche habe sich die Regierung sicherlich hochverdient gemacht.

Ministerpräsident v. Bismarck. Der Vorredner sei der Meinung, daß der gegenwärtige Aufstand in Russisch-Polen nur gegen Rußland, nicht gegen Oesterreich oder Preußen gerichtet sei. Er möge das rechtlich glauben, die Regierung indeß müsse sich an Thatsachen halten. Es sei nicht wahrscheinlich, daß Zuzüge von Tausenden von Jünglingen, die in Elend und Tod getrieben seien, nur deshalb unternommen worden, um eine nachbarliche Gefälligkeit auszuüben. So große Opfer seien sicher nur gebracht im eignen Interesse, um die für Rußland erstrebten Segnungen auch über unser Land zu verhängen. Wenn bis jetzt noch nicht der Aufstand sich in unser Land verpflanzt hätte, so läge dies wohl weniger in dem guten Willen, wie der Vorredner meine, als an der Truppenmacht der Regierung. Es seien überdies bereits in den Händen des Gerichts Beweise davon, die indeß im gegenwärtigen Stadium der Untersuchung nicht vorgelegt werden könnten. Mitglieder des Landtages, die in Untersuchung wären, befänden sich im Auslande. Wenn aber auch der Vorredner Recht hätte, wenn unsere Provinzen nicht in die Aufstände hineingezogen würden, so wäre doch die Regierung genöthigt, und zwar aus politischen, socialen und sittlichen Beweggründen, daß die Bewegung in Polen nicht zum Siege gelange, da ein selbständiges Polen an der Grenze Preußens immer eine Gefahr für die Monarchie sein, die Armee zum großen Theile absorbiren würde. Die Regierung dürfe aber auch nicht dulden, daß eine Bewegung an's Ruder gelange, die sich mit den unerhörtesten Verbrechen befleckt und selbst in der Apotheose des Meuchelmordes sich gefalle. (Lebhaftes Bravo.)

Hr. v. Waldaw-Steinhövel. In Posen leben 800,000 Deutsche neben den 1,200,000 Polen, und das Hohe Haus habe auch für diese zu reden, wie es denn überhaupt das ganze Land vertrete. — Eine „edle Politik" sei allein die Politik der Treue und Wahrheit. Preußen habe beides gewahrt: den Polen nie Hoffnung gemacht, und die Verträge mit anderen Mächten gehalten. Ein unabhängiges Kongreßpolen wäre eine stete Gefahr für Preußen, und es seien nur Maßregeln der Selbsterhaltung für Preußen, welche die Regierung getroffen. Jede Regierung, auch eine demokratische, würde in Preußens und Deutschlands Interesse ebenso gehandelt haben.

Ministerpräsident v. Bismarck. Die Regierung halte sich berechtigt, den von dem Hause beabsichtigten Dank nicht nur als von den deutschen Bewohnern der Provinz Posen ausgehend entgegen zu nehmen, sondern auch den Dank der zahlreichen polnisch redenden Bewohnern der Monarchie, welche die Segnungen der preußischen Herrschaft anerkennen.

Hr. Bloemer. Er glaube nicht, daß der vom König in der Thronrede ausgesprochene Wunsch der Verständigung zwischen Staatsregierung und Landesvertretung durch die vorgeschlagene Adresse herbeigeführt werden könne. Er werde deshalb im Geiste der Loyalität und Königstreue, den Hr. v. Plötz anrufen, gegen den Entwurf stimmen.

Graf v. Krassow, für den Entwurf.

Frhr. v. Diergardt. Eine Verständigung über die schwebenden inneren Differenzen sei im höchsten Grade zu wünschen, sie werde aber nicht erreicht, wenn nicht jeder bei dem Konflikte Betheiligte bereit sei, entgegenzukommen und die Hand zu reichen. Dies geschehe in dem Adreßentwurf nicht, und deshalb könne er demselben seine Zustimmung nicht geben.

Graf Rittberg. Die vom Grafen Krassow ausgesprochene Ansicht über demokratisirten und demoralisirten Richterstand sei zu kraß und in der ausgesprochenen Ausdehnung unberechtigt. — Zur Sache selbst sei er zwar anfangs gegen eine Adresse gewesen, da sie jetzt aber im Hause beliebt sei, habe er kein Bedenken, dem Entwurfe zuzustimmen.

Hr. Camphausen (Köln). Der Adreßentwurf sei geeignet, sowohl durch das, was er enthält, als das was er übergeht, unberechtigte Vorstellungen zn erwecken. Er stelle die Lage des Landes nicht dar, wie sie wirklich sei. Die Schwierigkeiten seien große, die größte einer Verständigung gegenüberstehende Schwierigkeit sei aber das Ministerium. Dasselbe sei nicht geeignet, den bevorstehenden Kampf glücklich zu führen, weil es sich bisher meist **hinter** den Thron, nicht, wo seine Stelle gewesen wäre, **vor** den Thron gestellt hätte. Er vermöge nicht das gegenwärtige Ministerium zu unterstützen, wie der Entwurf verspreche, weil er dasselbe nicht für förderlich zum Wohl des Landes, nicht förderlich für das Wohl der Krone halte.

Ministerpräsident v. Bismarck. Wenn in des Vorredners Aeußerung, das Ministerium habe sich mehr **hinter** als **vor** dem Throne gehalten, der Vorwurf liegen solle, es habe die Rechte Sr. Majestät preisgegeben, so weise er denselben zurück; sei der Sinn aber der: die Miuister haben dem Könige mehr gedient, als dem parlamentarischen Regimente, so sei er damit wohl zufrieden.

Hr. v. Bernuth. Der Entwurf lasse Wichtiges ungesagt, anderes sei in einer Weise ausgedrückt, die er nicht billigen könne. Die heutige Debatte habe auf ihn einen betrübenden Eindruck gemacht. Der Wunsch nach einer Verständigung werde grade durch die heutigen Unterhandlungen sehr gefährdet. Die der altliberalen Partei gemachten Vorwürfe weise er zurück. Er werde gegen die Adresse stimmen.

Nach längerer Rede des Hrn. v. Below wird der Schluß der Debatte angenommen; eingeschrieben waren noch Brüggemann, Fürst Radciwill.

Hr. v. Bismarck. Er spreche den Dank der Regierung aus für die würdige und versöhnliche Form, in der man seine Unterstützung ausgesprochen habe. Auch der Minderheit spreche er den Dank für die innegehaltene würdige Form aus; es habe ihn nur überrascht, Herrn v. Bernuth auf Seiten der Gegner zu sehen, ein Mitglied desjenigen Ministeriums, das den gegenwärtig in der inneren Politik vorhandenen Knoten mit mehr Leichtigkeit als Geschick geschürzt habe.

Nach persönlichen Bemerkungen wird zur Abstimmung geschritten, deren Resultat Annahme der Adresse mit 72 gegen 8 Stimmen ist. Gegen die Adresse haben gestimmt: Tellkampf, v. Bernuth, Bloemer, Graf Bninski, Brüggemann, Camphausen (Cöln), Frhr. v. Diergardt und v. Flemming. Die Adresse soll durch den Vorstand des Hauses überreicht werden und wird sofort unterzeichnet. — Schluß der Sitzung $2\frac{3}{4}$ Uhr. — Nächste Sitzung unbestimmt, da für die nächste Zeit kein Material vorliegt.

Ein Konflikt.

Man kann sich kaum eine schwierigere Lage denken, als diejenige, in welche der liberale Abgeordnete kommen würde, wenn einerseits unser jetziges Ministerium am Ruder bliebe, anderseits Preußen mit Dänemark in Krieg geriethe. Zum Kriege gehört Geld, und dem Abgeordnetenhause gehört das Geldbewilligungsrecht. Was soll nun der Abgeordnete — gleichviel welcher liberalen Fraktion — thun? Soll er dem jetzigen Ministerium, dem er bisher schroff entgegengetreten, Geld bewilligen, damit den bedrängten Brüdern in Schleswig-Holstein geholfen werde, oder ist es besser, diesem Ministerium konsequent kein Geld zu bewilligen, gleichviel was aus Schleswig-Holstein wird? Verweigert das Abgeordnetenhaus die Mittel zum Kriege gegen Dänemark, so ist die Sache der Herzogthümer verloren; — geschieht das Gegentheil, so wird dadurch indirect dem jetzigen Ministerium ein Beweis des Vertrauens gegeben. Der Abgeordnete muß sich die schwer zu beantwortende Frage stellen: Was ist dringlicher, die Lösung der Deutschen, oder die Lösung der Preußischen Frage? Was muß früher ausgefochten werden, der innere Kampf Preußens um seine Volksrechte, oder der äußere Kampf der Herzogthümer für ihre Deutsche Nationalität? Was gilt höher, das engere oder das weitere Vaterland?

Auf der einen Seite steht das Preußische Volk, schwer gekränkt in seinen Rechten, irre geworden an Vielem, was ihm so lange heilig war und immer heilig bleiben sollte. Den Gewählten des Volkes ist die Macht, die laufenden Staatsausgaben so, wie sie es zum Besten des Volkes halten, umzuändern, streitig gemacht; ein einziges unangefochtenes Recht besitzen sie noch, das ist das Recht der Bewilligung von Geldanleihen zu außerordentlichen Zwecken, und auch dieses Recht, dessen Ausübung unter gewöhnlichen Umständen eine moralische Pression auf die Regierung nie verfehlen wird, sollen sie jetzt opfern — wahrscheinlich ohne Gegenleistung des Ministeriums, ohne Berücksichtigung irgend eines der brennenden Volkswünsche! Wahrlich, eine starke Zumuthung! Und doch, wenn wir einen Blick auf das geknechtete Schleswig-Holstein werfen, wenn uns der Gedanke vor die Seele tritt: **Wird Schleswig-Holstein dieses Mal nicht geholfen, so ist es vielleicht unwiderruflich für Deutschland verloren**, wenn wir uns erinnern, wie wir durch Versammlungen, durch Zuruf und Trost Jahre lang die armen Brüder nördlich von der Elbe zum Widerstande gegen Dänische Willkührherrschaft ermuthigt; wenn wir an unsere Versprechen denken, daß wir in Zeiten der Noth an ihrer Seite stehen wollen: — dann wird der Deutsche seinen Bruder nicht im Stiche lassen, dann zeigt der Preuße wieder jene Opferfähigkeit, die er vor fünfzig Jahren zum Staunen der Welt bewiesen. Wie er damals Alles für König und Vaterland opferte, so opfere er jetzt das letzte Mittel, dieses Ministerium seinen Wünschen gefügig zu machen, im Hinblick auf die Sache des großen Deutschen Vaterlandes. Preußen soll an der Spitze von Deutschland stehen, und wo es gilt, Deutschlands Schirm und Hort sein! Kann es den Frieden im Innern noch nicht erringen, so tröste es sich mit den Sympathien Deutschlands, die nicht ausbleiben wer-

den, wenn Preußen „selbstvergessen“ jetzt für das Recht Deutschlands eintritt! Es wird dann nicht fehlen „der Lohn der Demuth, die sich selbst bezwungen“! Unser innerer Zwist ist eine Frage der Zeit — daß und wie er gelöst werden wird, wenn das Volk standhaft und gesetzlich bleibt, lehrt die Geschichte — aber Schleswig-Holstein hat Eile, der Tag seiner Entscheidung ist da! Darum zögere nicht, Preußen! Dein Volk ist auch zu diesem Opfer bereit!

— b —

Rundschau.

Berlin, 22. November.

— Der neueste „Staats-Anzeiger“ enthält folgende Verordnung wegen Aufhebung der Verordnung, betreffend das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften vom 1. Juni 1863:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen rc. verordnen, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, in Gemäßheit des Artikels 63 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, was folgt:

§. 1. Die unterm 1. Juni d. J. erlassene, in der Gesetz-Sammlung (Seite 349) verkündete Verordnung, betreffend das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften, wird hiermit aufgehoben und tritt mit dem heutigen Tage außer Kraft.

§. 2. Das Staats-Ministerium wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 21. November 1863.

Wilhelm.

— Gestern Mittag 1 Uhr hatten die Präsidenten des Herrenhauses, Graf zu Stolberg-Wernigerode, v. Frankenberg-Ludwigsdorf Excellenz und Graf v. Brühl die Ehre, Sr. Maj. dem Könige die von diesem Hause am 19. d. M. beschlossene Adresse zu überreichen. Se. Maj. geruhten dieselbe huldvoll entgegen zu nehmen und dem Präsidenten zu befehlen, dem Herrenhause Allerhöchst seinen Dank auszusprechen, indem es zu seiner Genugthuung gereiche, daß dasselbe mit den Grundsätzen und Absichten der Staatsregierung übereinstimme.

— Wie die „Sp. Ztg.“ erfährt, wird am Sonntag früh in Berlin das Eintreffen eines hochgestellten russischen Offiziers erwartet, der das eigenhändige Antwortschreiben des Kaisers Alexander an den Kaiser der Franzosen auf die Einladung zum Kongreß überbringt. Es wird mitgetheilt, daß gegenwärtig ein lebhafter telegraphischer Depeschenverkehr zwischen London, Wien, Berlin und Petersburg stattfindet.

Kopenhagen, 20. Nov. Dem Vernehmen nach hat der verstorbene König Frederik in seinem Testamente zu Executoren seiner letzten Verfügungen ernannt: den Stiftsamtmann, Kammerherrn Simony, den Geheimarchivar, Conferenzrath Wegener und Höchstgerichtsadvocat Liebe. Mit der Versiegelung der königl. Habe sind der Oberschenk Graf Danneskjold-Samsöe und der Kammerherr F. Blücher beauftragt worden. — Der Hof wird während 6 Monate von heute an gerechnet Trauer um den verstorbenen König anlegen. Es werden auch von heute an bis zur Beisetzung der königlichen Leiche in allen Theilen des Landes die Glocken täglich von 10 bis 12 Uhr Vormittags und von 4 bis 6 Uhr Nachmittags geläutet werden. Jegliche Musik in den Kirchen ist bis zu dem Beerdigungstage untersagt. Die öffentlichen Belustigungen werden ebenfalls bis zu diesem Tage eingestellt. Einer Kundmachung für die Armee zufolge sollen die Officiere und Civil-Militair-Beamte ebenfalls eine sechsmonatliche Trauer anlegen. — Die Leiche des verstorbenen Königs liegt vorläufig noch im Glücksburger Schloß. Ob der Körper einbalsamirt werden wird oder nicht, wird davon abhängen, was der Todte hierüber bestimmt hat. Im Falle der Einbalsamirung wird der „Slesvig“ die Leiche hierher bringen und wird selbige dann auf dem Christiansburger Schloß auf einem Paradebette ausgestellt werden. Die Beisetzung erfolgt in der Roeskilder Domkirche, wann aber die Bestattung stattfinden wird, ist noch ungewiß. — Der Kronprinz wird noch vor der Beisetzung der Leiche aus Oxford hier eintreffen. Der Hofmarschall Löwenskjold ist morgen oder übermorgen hier zu erwarten, um die erforderlichen Vorkehrungen zur Beisetzung zu treffen.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 23. November.

— [Königl. Marine.] Nach Nr. 47 des Preuß. Handelsarchivs ist Sr. Majestät Kriegsschiff „Gazelle“, von Shangai kommend, am 8. August auf der Rhede von Yokuhama vor Anker gegangen. Im Einverständnisse mit dem Vertreter der Französischen Regierung hat der zur Zeit ebenfalls in Yokuhama weilende Königliche General-Konsul v. Rehfues zum Schutz der Europäischen Niederlassung 100 Mann von der Besatzung der „Gazelle“ und zwei Geschütze an das Land setzen lassen.

— Die Schrauben-Corvette „Nymphe“ wird heute Nachmittags nach Swinemünde abgehen und die Corvette „Arcona“ derselben in einigen Tagen folgen, um zur Beobachtung dort Station zu nehmen. Die Kriegs-Segelschiffe „Niobe“, „Musquito“ und „Rover“ sollen bereits am 16. resp. 18. d. Mts. Plymouth verlassen haben und werden in diesen Tagen hier erwartet.

— Dem Polizei-Assessor v. Schultzendorf ist bei seinem Scheiden aus dem Dienste der Character als Polizei-Rath verliehen.

— [Concerte.] Der Rehfeldt'sche Gesang-Verein eröffnet am 5. December seine Abonnements-Concerte mit dem Oratorium „Paulus“ von Mendelsohn. Die Wahl des Werkes sowohl, als auch die Besetzung desselben durch die ausgezeichnetsten Künstler und Dilettanten verpflichten uns, das kunstliebende Publikum darauf aufmerksam zu machen, und wollen wir nicht unterlassen, allen Freunden wahrer Kunst den Besuch des Concertes hiermit besonders zu empfehlen.

— Gestern Nachmittag 5 Uhr brannte in dem Grundstücke Zwirngasse Nr. 1. ein Schornstein, welcher unter Aufsicht der Feuerwehr ausgebrannt wurde.

— Heute früh wollte sich eine Frau im Kielgraben, wie man sagt aus verschmähter Liebe, ersäufen. Hinzueilende Leute zogen die Unglückliche noch lebend an's Ufer. Wahrscheinlich wird sich ihre Gluth im kalten Elemente gedämpft haben.

— Am Sonnabend züchtigte eine Frau ihre 11jährige Tochter; aus Furcht vor noch härterer Strafe sprang das Kind in die Radaune und wurde eine Strecke vom Strome fortgetrieben; dann aber glücklich gerettet.

Stettin, 19. Nov. Das Greifswalder Briggschiff „Spica“, Capt. Heidtmann, kam, wie die „Ostſ. Z.“ meldet am 7. d. M. von Antwerpen hier mit einer Ladung Stückgüter an, darunter 25 Oxhoft Wein zur Durchfuhr nach Polen bestimmt. Bei Entlöschuug der Weinfässer ergab sich, daß mehrere geleckt hatten, und um den Grund der Leckage festzustellen, wurde die Sachverständigen-Commission berufen. Eines der Oxhofte war ganz leer. Beim Rollen desselben wurde bemerkt, daß darin noch ein fester Inhalt sei, und beim Oeffnen des Bodens stellte sich heraus, daß dieser in 2 Blechkapseln, je 40 Pfund Schießpulver enthaltend, bestand. Die weitere Untersuchung ergab, daß in jedem der 25 Fässer eine gleiche Quantität Pulver enthalten war. Die Fässer wurden mit Beschlag belegt.

Swinemünde, 15. Noa. In der verflossenen Nacht sind in der Kaserne des Ostforts acht Soldaten im Kohlendunst erstickt, darunter mehrere Reservisten, welche heute in ihre Heimath entlassen werden sollten. Wie man hört, sind die Unglücklichen ein Opfer des Umstandes geworden, daß sie gegen die Anordnung Thür und Klappe des Ofens geschlossen hatten.

Stadt-Theater.

Zum Benefiz für den ersten Kapellmeister unseres Stadt-Theaters, Herrn Denecke, wurde am vorigen Freitag Mozart's „Don Juan“ aufgeführt mit einer Besetzung, die der im vorigen Jahre mit wenigen Ausnahmen gleich war. — Wenn es galt, den Ehrenabend ihres Meisters mit einer tüchtigen Kunstleistung zu krönen, so durfte man es sich von den Mitgliedern des Orchesters schon versehen, daß sie mit aller ihrer Kraft sich ihrer Aufgabe hingaben; allein auch von den Sängerinnen und Sängern durfte etwas Gutes erwartet werden, wenn sie demjenigen den Abend zu einem erfreulichen machen wollen, der sie so oft sicher über gefährliche Klippen und leicht über die blumenreichen Auen ihrer künstlerischen Laufbahn geführt hatte und noch ferner führen wird. Auch die Mitglieder des Chors wollten an diesem Abende nicht nachstehen. — So bildete sich denn ein allgemeiner Wetteifer, in Folge dessen eine Opernaufführung zu Stande kam, so gut, wie in der gegenwärtigen Saison wohl noch nicht eine einzige. — Wir haben uns derselben aufrichtig gefreut, da wir die Ueberzeugung gewonnen, daß unsere Oper Treffliches zu leisten im Stande ist, wenn nur dem Studium der nöthige Fleiß und ein anderes wesentliches Element — Zeit gewidmet wird. — Daß das Publikum der Aufführung mit dem größten Interesse folgte und Beifall in reichlichstem Maße spendete, versteht sich ganz von selbst. Besonders wurden die Damen Frl. Hülgerth, Donna Anna, Frl. Brenken, Donna Elvira und Frl. Hofrichter, Zerline, dnrch Ruf in die offne Scene geehrt. Die Herren E. Fischer, Leporello, Funk, Don Juan, L. Fischer, Don Octavio, Schäffer, Masetto und Eichberger, Comthur, sangen ihre Partien mit anerkennenswerther Präzision, wofür namentlich dem ersteren lebhafter Beifall zu Theil wurde. Die Leistungen des Chors waren tadellos und wurden mit Beifall aufgenommen. Zum Schluß rief das Publikum den Benefizianten in die offene Scene, um auch ihm Anerkennung zu zollen. Wir glauben daß eine recht baldige eben so tüchtige Aufführung des „Don Juan“ im Interesse der Theaterdirektion liegen dürfte. **

Der Andrang des Publikums zum Theater war gestern so groß wie in keinem der vorangegangenen Sonntage dieser Saison. Die Erscheinung war um so erfreulicher, als ein klassisches Stück: Schiller's „Maria Stuart“ gegeben wurde. Freilich gehört dieses Drama zu den populärsten Erzeugnissen des großen Dichters, ohne in den Augen des Publikums etwas von seiner welthistorischen Bedeutung einzubüßen. Denn auch derjenige, der nur noch eine der untereren Bildungsstufen einnimmt, sieht, daß es sich in diesem Drama nicht etwa um den persönlichen Zwist zweier Königinnen, sondern um die Herrschaft religiöser Systeme handelt — daß hier zwei welthistorische Prinzipien: der Protestantismus und der Katholicismus in den Gestalten der Königin Elisabeth und Maria auf dem Boden des Landes mit einander kämpfen, in welchem die freiheitliche Entwickelung den andern Ländern vorangeleuchtet. Die höhere Idee, welche allen Schöpfungen des großen Dichters zu Grunde liegt und die gerade in unserer Zeit am mächtigsten die Strömung der Geister bildet, tritt vorzugsweise in diesem Drama in solcher Concretion hervor, daß sie für Jedermann gleichsam mit Händen greifbar ist. — Darin ist hauptsächlich ein Grund für die Anziehungskraft, welche es auf das große Publikum übt, zu suchen. Was die Darstellung desselben auf der Bühne unseres Stadt-Theaters anbelangt; so muß zugestanden werden, daß die Leistung der Frau Director Fischer in der Titelrolle unser Publikum in nicht geringem Grade ermuntert, dieselbe zu besuchen. In der That liefert sie aber auch als „Maria Stuart“ ein wahres Meisterstück der Darstellungskunst. Wir wollen indessen nicht verschweigen, daß die Künstlerin für diese allerdings von eben so großem Talent wie Fleiß zeugende Leistung ein glänzendes Vorbild gehabt. — Sie hat die Ristori als „Maria Stuart“ gesehen und es verstanden, sich den Hauptvorzug derselben, nämlich die bewundernswerthe Plastik, in einer überraschenden Weise anzueignen. Was der Leistung der Frau Fischer überdies zu statten kommt, ist der Umstand, daß sie ihre plastische Gestalt der unglücklichen Königin mit einem reichen Maß wohlthuender Gemüthswärme zu beleben vermag. Daß unser Publikum für die „Maria Stuart“ der einheimischen Künstlerin ganz besondere Sympathieen hat und dieselbe hoch schätzt, ist ein sehr gutes Zeugniß für seinen Kunstgeschmack. In Bezug auf die übrigen Mitwirkenden können wir bemerken, daß einzelne Rollen recht anerkennenswerth gespielt wurden. Hr. Varena, der den „Mortimer“ spielte, würde warmes Lob verdienen, wenn er sich in den einzelnen Momenten nicht überstürzt, dagegen seine Rede mit mehr Schatten und Licht ausgestattet und der Rhetorik derselben ein gründliches Studium gewidmet hätte. In der Rolle der Königin „Elisabeth“ zeigte Frau Woisch, daß sie, seitdem sie dieselbe zum letzten Male gespielt, Fortschritte gemacht. Herr Ubrich gab den „Großschatzmeister“ verständig und Herr v. Karger den Grafen Leicester mit Fleiß. Eine schätzenswerthe Leistung war auch die „Hanna Kennedy“ der Frau Hirsch, indem sie den Beweis lieferte, daß die künstlerische Einfachheit, welche jeden falschen Prunk verschmäht, unter allen Umständen wohlthuend wirkt und des Erfolges sicher ist.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Vernichtung einer Urkunde]. Im August d. J. wurde ein Vorfall über die Vernichtung einer Urkunde in hiesiger Stadt erzählt, der großes Aufsehen erregte. Am Donnerstag wurde dieser Vorfall bei dem hiesigen Criminal-Gericht öffentlich verhandelt. Auf der Anklagebank befand sich der hiesige Stuhlmacher-Meister Klippenburg, ein Mann von 52 Jahren, der äußerlich den Eindruck eines rechtschaffenen Handwerkers machte. Herr Klippenburg hatte am 14. Februar d. J. einen

Wechsel im Betrage von 100 Thlrn. acceptirt, der am 14. August d. J. fällig war. Von mehreren namhaften und sicheren Männern gerirt, so daß sein reeller Werth unzweifelhaft war, gelangte er in die Hände des Hrn. Rentier Benedix. Herr Benedix begab sich am Verfalltage in die Wohnung des Acceptanten und fand diesen in der Werkstatt mitten unter seinen Gesellen und Lehrburschen, wo Stuhltheile zusammengeleimt wurden. Herr Benedix bat Herrn Klippenburg mit ihm in's Nebenzimmer zu kommen, welche Bitte dieser denn auch erfüllte. Hier präsentirte Ersterer Letzterem den Wechsel, welchem Act mehrere Minuten lang ein Schweigen folgte. Herr Klippenburg wandte den Wechsel in seinen Händen, die voll flüssigen Leimes waren, hin und her und besah ihn von allen Seiten. Herr Benedix bat ihn, das Papier nicht beleimen zu wollen, weil er der Meinung war, daß er dadurch selber geleimt werden könne. Indessen schien sich Herr Klippenburg immer mehr bei der Anschauung des Wechsels einem tiefen Nachdenken anheim geben zu wollen. Plötzlich aber kam in seine Glieder eine Bewegung, und er zerriß das Papier mit den Worten: „Jetzt ist der Wechsel bezahlt!" Ueber diese Art der Bezahlung gerieth Herr Benedix in eine große Bestürzung und eilte davon, um polizeiliche Hülfe behufs der Erlangung seines Rechts herbei zu holen. In der Bestürzung ließ der Davoneilende seine Brieftasche, aus welcher er den Wechsel hervorgeholt, auf einem Tische in der Stube des Herrn Klippenburg liegen, ohne es zu wissen. In der Brieftasche befanden sich verschiedene Werthpapiere. Als Herr Benedix mit einem Polizeibeamten zurückkehrte, fühlte er, daß ihm die Brieftasche fehlte. Das versetzte ihn in eine große Aufregung, indem er sich sofort deutlich erinnerte, die Brieftasche liegen gelassen zu haben. Nach einigen Erörterungen erklärte der dienstthuende Polizeibeamte Herrn Klippenburg für verhaftet. Dieser bat, sich umkleiden zu dürfen, um folgen zu können. Die Bitte wurde ihm erfüllt. Während sich Herr Klippenburg umkleidete, wurde in seiner Hosentasche die abhanden gekommene Brieftasche des Herrn Benedix mit den Werthpapieren entdeckt. Dieser Umstand steigerte den Verdacht. Die Folge war, daß gegen Herrn Klippenburg die Anklage wegen Vernichtung einer Urkunde in betrügerischer Absicht erhoben wurde. In der am Donnerstag gegen ihn stattgehabten öffentlichen Gerichtsverhandlung gestand er ein, den Wechsel zerrissen zu haben; aber er habe, sagte er, das nur gethan, um sich vor Betrug zu schützen. Durch die Wechselreiterei, habe er einen bedeutenden Theil seines Vermögens eingebüßt; er habe in dem verhängnißvollen Augenblick, in welchem ihm der Wechsel präsentirt worden, an alle möglichen Vorfälle gedacht. Daß er den Wechsel zu bezahlen gehabt, daran habe er nicht gezweifelt; denn sein von ihm eigenhändig geschriebener Name habe dagestanden. Die Vernichtung habe er einzig und allein aus dem Grunde vollzogen, um zu verhüten, daß ihm der Wechsel doppelt präsentirt würde. Daß er keine böse Absicht gehabt, beweise ja auch der Umstand, daß er sofort den Wechsel bezahlt, und es sei dem Inhaber desselben also in keiner Weise ein Nachtheil entstanden. Trotz dieser Entschuldigung verurtheilte der hohe Gerichtshof den Angeklagten, dem Antrag des Hrn. Staatsanwalt gemäß, zu einer Gefängnißstrafe von 3 Monaten u. s. w. — Es ist dies wiederum ein Fall, in welchem Jemand mit seinen subjectiven Ansichten, die er für die wahren hält, in einen sehr bedauerlichen Conflict mit dem Straf-Gesetz-Buch geräth.

Vermischtes.

*** Als ein einjähriger Freiwilliger sich gegen seinen Offizier wegen einer Ordnungswidrigkeit auf seinen „Burschen" berief, erhielt er die Belehrung: diese Bezeichnung sei unpassend; ein Freiwilliger habe keinen Burschen, sondern einen „Putzkameraden."

Meteorologische Beobachtungen.

Observatorium der Königlichen Navigationschule zu Danzig.

Novbr.	Stunde.	Barometer-Höhe in	Thermometer im Freien n. Reaumur.	Wind und Wetter.
22	12	335,71	4,2	SSW. mäßig, Zenith meist. klar, Kimm bewölkt.
23	8	334,96	3,9	do. bew. Himmel.
	12	334,60	6,6	SW. zu S. frisch, Himmel theils bewölkt.

Handel und Gewerbe.

Danzig, Sonnabend 21. Nov. Unser Kornhandel wird bereits von den Fragen der Politik beeinflußt, und obgleich dem Anschein nach in dieser lieben Zeit nur sehr Wenige an Thaten glauben, so sind die auf dem Spiel stehenden Interessen doch wichtig genug, um eine sehr merkbare Unruhe in merkantilischen Kreisen zu verbreiten. Es fehlt jetzt wieder an Schiffen und es sind dem Vernehmen nach so hohe Frachtgebote gemacht worden, daß man kaum einsieht, wie bei Verschiffungen nach den jetzigen Preisständen ein Vortheil übrig bleiben könnte. Inzwischen sind die englischen Märkte wirklich fester geworden, obwohl bisher ohne Preissteigerung, und man nennt als Motiv die Abnahme der dortigen Bestände. Unser Markt ist demnach für Weizen günstig gestimmt geblieben und feine schwere Gattungen, mitunter auch solche, die nur durch helle Farbe ausgezeichnet waren, sind zum Theil höher bezahlt worden. Der Umsatz beträgt in d. W. 8 bis 900 Lasten, und würde, wenn es nicht an Schiffen und an größerer Auswahl fehlte, bei der Neigung zu Unternehmungen sehr bedeutend geworden sein. Pro Scheffel ist zu notiren: Feiner und glasiger 134.37pfd. Weizen 76 bis 80 Sgr.; hochbunter 132 33pfd. 72 bis 74 Sgr.; hellbunter 127.31pfd. 63 bis 68.70 Sgr.; bunter 124.30pfd. 52.55 bis 62 Sgr.; rother 132.34pfd. guter 65 bis für sehr schönen 70 Sgr.; 125.30pfd. 52 bis 60.62 Sgr. — Polnischer und frischer preußischer Roggen werden jetzt beinahe gleich geschätzt und beide gingen um 1 bis 2 Sgr. niedriger. Der Umsatz beschränkte sich auf etwa 200 Lasten und diese bestanden meistens aus frischem. 121.29pfd. 38½ bis 40½ Sgr., Alles auf 125pfd. — Bei geringer Zufuhr blieb kleine Gerste beliebt und gefragt, Preise erhielten sich und 108.113pfd. wurde mit 33.34.35 Sgr. bezahlt. Große 112.20pfd. 35.37 bis 40 Sgr. — 67.80pfd Hafer 20.23 bis 26 Sgr. zum Konsum. — Erbsen bei kleiner Zufuhr ohne alle Frage. Gute 46 bis 48 Sgr., geringe 42 bis 44 Sgr. — Der Werth von Spiritus veränderte sich bedeutend. In v. W. schloß der Markt mit Flauung auf 14⅙ Thlr. pr. 8000. Montag traf eine sehr beträchtliche Zufuhr ein, der Preis wurde auf 13½ Thlr. gedrückt, Dienstag auf 13⅓ Thlr., dann offerirten die Käufer für Partien nur 13 Thlr., dies wurde jedoch zurückgewiesen und 13⅓ Thlr. blieb stehend. Zufuhr 700 Tonnen, die meistens am Montage eintrafen. Kartoffeln sind übrigens in solcher Menge geerntet, daß der Preis wohl noch weiter geworfen werden könnte. — Die Witterung blieb außerordentlich mild, und die Wintersaaten stehen so schön, wie man es selten sah.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 21. November:
3 Schiffe m. Ballast.

Angekommen am 22. November:
Büsching, Hulda, v. Stettin, m. Gütern. Hildal, Dampfs. Rembrandt, v. Stockholm, m. Eisen u. Theer. Paarow, Mentor, v. Hull; u. Dempster, Barclay, von Newcastle m. Kohlen. — Ferner 2 Schiffe mit Ballast.

Für Nothhafen: Johnsen, Industrie, v. Memel, m. Getreide n. Norwegen bestimmt, hat verstopfte Pumpen.

Gesegelt: 9 Schiffe m. Getreide, 1 Schiff mit Ballast u. 10 Schiffe mit Holz.

Wiedergesegelt: Zander, Gustav.

Angekommen am 23. November.
Forth, Dampfs. Irwell, v. Hull, m. Gütern. Petrowsky, die Braut, v. Hull, m. Kohlen. — Ferner 1 Schiff mit Ballast.

Ankommend: 1 Bark u. 2 Schooner. Wind: SW.

Course zu Danzig am 23. November.

	Brief	Geld.	gem.
Hamburg kurz	151¾	—	—
Westpr. Pf.-Br. 4 %	93	—	—

Geschlossene Schiffs-Frachten vom 23. November.

London 6 s., Kohlenhäfen 4 s., direct Hartlepool 4 s. 9 d., u. Liverpool 6 s. 6 d. pr. Qrt. Weizen. Grangemouth 20 s. pr. Load Balken u. Schnitthölzer.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 23. November.

Weizen, 250 Last, 132pfd. fl. 415, 420, 430, 445; 133pfd. fl. 420, 430, 440; 129, 129.30pfd. fl. 430; 130pfd. fl. 405.420; 128.29pfd. fl. 385, 390, 400; 128.29pfd. blauspitzig fl. 330 Alles pr. 85pfd.

Roggen, alt 80pfd. 14 bis 19lth. fl. 225 pr. 81⅚pfd. Connoiss.; frisch. 126, 127pfd. fl. 240; 128pfd. fl. 243; 129.30pfd. fl. 246 pr. 125pfd.

Gerste, große, 118pfd. fl. 228.
do. kleine, 112pfd. fl. 210 pr. 73pfd.

Erbsen, weiße, fl. 265 pr. 90 fd.

Wicken fl. 210.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:
Geh. Rath Leske a. Petersburg. Rittmeister und Rittergutsbes. Simon a. Mariensee. Fabrikant Honsberg a. Remscheid. Die Kaufl. Bauch a. Glogau, Gränz n. Gattin u. Scharffenorth a. Berlin.

Hotel de Berlin
Rittergutsbes. v. Donimirski a. Buchwalde. Die Kaufl. Günther a. Schneeberg, Boy a. Glauchau, Franke a. Görlitz, Joachimsohn a. Koliebken, Calmisch, Herzfeld u. Steinthal a. Berlin.

Walter's Hotel:
Appellationsgerichtsrath Hirschfeld u. Sanitätsrath Burckhardt a. Marienwerder. Rittergutsbes. Pieper n. Gattin a. Smazin. Apotheker Berent n. Tochter aus Schönbaum. Posthalter Wichert a. Warlubien. Die Kaufl. Lehmann a. Potsdam, Frohberg a. Stettin, Puhlmann u. Friedersohn a. Berlin u. Landau a. Warschau.

Hotel zum Kronprinzen:
Ober-Inspector der Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Deutscher Phönix Voigt a. Frankfurt a. M. Particulier Will a. Brandenburg.

Hotel d'Oliva:
Rittergutsbes. Fabiani a. Schmellow. Gutspächter Neitzke a. Leßno. Die Kaufl. Wötzel a. Löschnitz, Rabbow a. Berlin, Prossack a. Warschau und Küntzer a. Frankfurt a. M. Oekonom Becker a. Pommerczin.

Hotel de Thorn:
Gutsbes. Madrow a. Gossentin. Bauführer Blancke a. Stüblau. Fabrikant Kulmeyer a. Stettin. Kaufleute Müller a. Gumbinnen, Glander a. Culm, Homann aus Leipzig, Rohleder a. Aachen, Kursten a. Sonnenberg u. Hollensleben a. Meissen. Frau Rentier Weimar aus Schwetz. Forst-Eleve v. Bonin a. Neustadt-Eberswalde.

Deutsches Haus:
Die Kaufl. Unger n. Gattin a. Berlin, Berger aus Königsberg, Tombowsky a. Posen u. Schmidt a. Culm. Die Gutsbes. Amtmann a. Oldenburg und v. Jacowsky a. Eydtkuhnen. Maurermeister Reinhold a. Stettin. Fabrikant Hübner a. Eylau. Dr. med. Hartwig aus Memel.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der **Servisvergütigung** für die stattgehabte Natural-Einquartirung wird am

Montag, den **23.,**
Dienstag, den **24.** und
Mittwoch, den **25. d. M.,**

auf unserer **Kämmerei-Hauptkasse** gegen Vorzeigung der Quartier-Billets stattfinden; wovon die betheiligten Hauseigenthümer hiemit in Kenntniß gesetzt werden.

Danzig, den 20. November 1863.

Der Magistrat.

Stadt-Theater zu Danzig.

Dienstag, den 24. November. (3. Abonnement No. 7.)
Der Freischütz. Große romantische Oper in vier Akten von C. M. v. Weber.

Mittwoch, den 25. Novbr. (3. Abonnement No. 8.)
Ein junges Mädchen. Original-Lustspiel in 4 Akten von C. A. Görner.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.